

Wahlprüfsteine des DGB Bad Kreuznach

zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 14. März 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Johannes Wild, ich bin 19 Jahre alt und wohne in Simmertal. Als Mitglied der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bewerbe ich mich als Direkt-kandidat für den Wahlkreis 18 (Kirn/Bad Sobernheim) zur Landtagswahl am 14. März 2021. Meine Kernthemen sind Bildungs- und Sozialpolitik sowie Jugendpolitik.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Bad Kreuznach hat mir Fragen zu den Themenbereichen

Wohnraum, Arbeit, Kommunalfinzen, Mobilität und Jugend gestellt. Gerne werde ich diese Fragen im Folgenden beantworten. Sollten Sie Fragen haben, können Sie mich gerne jederzeit kontaktieren.

Ihr

BEZAHLBARER WOHNRAUM UND SOZIALER WOHNUNGSBAU

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken?

Bezahlbarer, barrierefreier und energieeffizienter Wohnraum muss weiter geschaffen werden und erhalten werden, um das existenzielle Grundbedürfnis „wohnen“ eines jeden Menschen sicher zu stellen und das Recht auf angemessenes Wohnen zu erfüllen. Bereits in einigen rheinland-pfälzischen Städten, wie Mainz, Trier oder Landau, wurden Mietpreisbremsen und Kappungsgrenzen erfolgreich eingesetzt. Für eine Ausweitung dieser Regelungen zur Verhinderung und Reduzierung von Mietwucher möchte ich mich einsetzen. Um mehr Wohnraum zu schaffen und diesen zusätzlich bezahlbar zu halten, möchten wir unterstützen, dass Gebäude im Rahmen der Landesbauordnung vereinfacht aufgestockt werden können.

Was wollen Sie tun, damit in Ihrem Wahlkreis mehr sozialer Wohnungsbau entsteht?

Kommunen, die mit Wohnraumknappheit zu kämpfen haben, können mit dem Wohnraumschutzgesetz den Erwerb von Belegungsrechten fördern und soziale Bindungen verlängern. Auch genossenschaftliches Bauen und Wohnen muss speziell gefördert werden, um zukunftsfähige Projekte von

Bewohner*innen eines Quartieres entstehen zu lassen. Generell setzen wir GRÜNE uns für die Belange von älteren Menschen, Menschen mit Behinderung, Haushalten mit geringem Einkommen und Familien bei der sozialen Wohnraumförderung ein. Wir möchten den Druck im Wohnungsmarkt herausnehmen und das Menschenrecht „Wohnen“ wieder in den Vordergrund rücken.

Wie stehen Sie zu den Forderungen des DGB, die Gründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften auf für Landkreise und Verbandsgemeinden zu ermöglichen?

Um sozialpolitische, städtebauliche und ökologische Ziele umzusetzen, braucht es mehr aktive Bodenbevorratung der Kommunen. Mit einem Bodenfonds des Landes können Kommunen bei dem Erwerb von Flächen unterstützt werden. Auch die vorrangige Zugänglichkeit von Landesflächen und -immobilien wird gesichert. Eine zentrale Beratungsstelle des Landes soll Kommunen dabei zur Seite stehen und sie verstärkt informieren. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften auf Kreisebene sind sinnvoll, da sie eine überörtliche Sicht auf die Wohnsituation haben und über ökologische, ökonomische sinnvolle Erweiterungen oder Aufstockungen von bestehenden Gebäuden beraten können und Vorschläge bringen können. Bei Vorhaben für soziale Zwecke wie Mehrgenerationenhäusern kann die Gesellschaft beratend mitwirken. Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand verhindern auch eine Monopol-Stellung von privaten Investoren, die möglicherweise nicht nach ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien handeln.

Wie stehen Sie zu der Forderung des DGB, öffentlichen Baugrund nicht länger nach Höchstpreisen und ohne Auflagen an private Investoren zu verkaufen, sondern die Freigabe an soziale Kriterien, die dem Gemeinwohl dienen, zu verknüpfen?

Öffentlicher Baugrund muss in Hinblick auf soziale und ökologische Auflagen vergeben werden. Damit Kommunen, im Falle eines finanziellen Engpasses, weiterhin auf Grundstücke Einfluss nehmen können, muss Land per Erbbaurecht vergeben werden und nach Ablauf wieder in die öffentliche Hand gelangen. Umwidmungen von Wohnungen nach Ablauf der Bindungsfristen werden damit vermieden und ausgeschlossen. Kommunen verpflichten sich, nachhaltige Auflagen zu beachten und in Konzeptvorschlägen aus öffentlichen Ausschreibungen einzufordern (z.B. Ökobilanz). Private, genossenschaftliche und öffentliche Vermieter*innen sollen finanziell gefördert und unterstützt werden. Auch Haushalte mit kleinem oder mittlerem Einkommen sollen speziell bei Investitionen gefördert werden (z.B. Zuschüsse oder Steuerbefreiung). Steuerfreiheit bei Share Deals für vor allem große finanzmarktbasierete Wohnungsunternehmer*innen müssen abgeschafft werden.

GUTE ARBEIT

Wie wollen Sie sich als Landtagsabgeordnete*r für gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen einsetzen?

Die Corona-Krise hat uns die Missstände unter anderem in unserer Arbeitswelt gezeigt und sorgt für starke Veränderungen unseres Arbeitsmarktes. Arbeitnehmer*innen müssen in allen Unternehmen und Branchen vertreten werden und Ihnen muss verpflichtend mehr Mitspracherecht eingeräumt werden. Arbeit muss sich am Leben der Menschen ausrichten und nicht die Menschen an der Arbeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss durch flexible Vollzeit und alternative Arbeitsmodelle im Umfang der Arbeit sowie zeitlichem und örtlichem Horizont unterstützt werden. Alternierendes Homeoffice muss ein Recht für jede*n sein und durch Modelle wie mobiles Arbeiten ergänzt und unterstützt werden. Trotzdem kann Homeoffice und mobiles Arbeiten nicht dazu führen, dass Arbeitnehmer*innen dauerhaft erreichbar sein müssen. Alternierendes Homeoffice und mobiles Arbeiten muss mit den vereinbarten Arbeitszeiten abgestimmt werden und darf die Souveränität von Mitarbeiter*innen nicht in Frage stellen. Bei der Digitalisierung der Arbeitswelt aber auch den täglichen Herausforderungen und Problemen, die uns diese Krise zeigen, muss der Dialog zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten funktionieren und dabei ein Umgang auf Augenhöhe erreicht werden. Wer arbeitet, soll von der Arbeit gut leben können. Soziale Berufe müssen aufgewertet und besser bezahlt werden. Das Mindestgeld im Landestariftreuegesetz muss genauso wie der Mindestlohn auf 12 Euro angehoben werden und Arbeitsbedingungen dringend verbessert werden, denn soziale Angestellte leisten einen unverzichtbaren Dienst für die Gesellschaft und kämpfen täglich hart! Auch Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit müssen mit Sicherungsmodellen selbstverständlich sein und zum dauerhaften Angebot werden.

Wie stehen Sie zu unserer Forderung, die Ausschreibung, Beschaffung und die Vergabe der öffentlichen Hand auf Landes- und kommunaler Ebene generell an die Tarifbindung und Tariftreue, an ökologische und soziale Kriterien (z.B. Zahl der Ausbildungsplätze, Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern) zu knüpfen?

Wir müssen auf die öffentlichen Beschaffungsstellen in Rheinland-Pfalz setzen und diese müssen bei Ausschreibungen, Beschaffungen o.ä. gesetzlich verpflichtend auf die ökologischen und sozialen Kriterien sowie die Menschenrechte zu achten. Nichteinhaltungen oder Verstöße müssen entsprechend konsequent sanktioniert werden. Tariftreue, gute Arbeit, ökologische und soziale Standards sind obligatorisch bei öffentlichen Ausschreibungen um Regionalität zu unterstützen aber auch aus den regionalen Bezügen heraus etwas erreichen zu können. Um eine

Durchsetzung der Kriterien bei den öffentlichen Beschaffungsstellen gewährleisten zu können, müssen Mitarbeiter*innen dementsprechend fachlich geschult sein, und es muss eine Koordinierungsstelle für Beratung und Überwachung der Ausschreibungen und Beschaffungen installiert werden.

Aus DGB-Sicht muss bei allen Investitions- und Fördermaßnahmen des Staates gelten: Öffentliches Geld gibt es nur für Unternehmen, die die Kriterien guter Arbeit einhalten. Zu diesen Kriterien zählen die Tarifbindung, die Mitbestimmung und die Sicherung von Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung. Wie stehen Sie zu der Forderung des DGB, dass Unternehmen, die diese Grundbedingungen und Kriterien nicht erfüllen, keine staatlichen Hilfen erhalten dürfen?

Die genannten Grundbedingungen sind obligatorisch für gute Arbeit und einen Nährwert der Investitions- und Fördermaßnahmen. Ebenfalls macht es die Maßnahmen zukunftsorientiert und sicher. Zudem sichern die Kriterien einen gerechten Umgang mit Arbeitnehmer*innen und ein faires Unternehmen mit klaren Standards.

EIN STARKER SONNTAGSSCHUTZ IST WICHTIG

Wie setzen Sie sich für den Sonntagsschutz ein?

Ich lehne Änderungen oder Lockerungen der geltenden gesetzlichen Regelungen für Ladenöffnungszeiten ab. Die bereits geltenden Regelungen ermöglichen es den Bürger*innen zu vielen Zeiten und ausreichend einkaufen zu können. Menschen haben ein Recht auf Feierabend und müssen sich von Ihrer Arbeit erholen können. Bürger*innen, die nicht im Einzelhandel arbeiten fordern für sich selbst dieses Recht auch ein. Aufklärung und Prävention sind wichtige Mittel, um in der Gesellschaft auf die Notwendigkeit des Sonn- und Feiertagsschutzes aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren. Entsprechende Gesetzesänderungen zur Lockerung dieses Schutzes lehne ich kategorisch ab.

Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht erforderlich, Innenstädte als Lebens- und Wirtschaftsraum attraktiver zu gestalten?

Der Online-Handel hat die lokalen Händler*innen und Gewerbetreibenden total überrannt. Kleinen Läden in der Innenstadt muss mit finanzieller Unterstützung geholfen werden. Ebenso sollte man die Chance nutzen und die Stadt grüner gestalten um Handel und Wirtschaft mit Freizeitgestaltung und Familienerlebnissen zu verbinden. Der Autoverkehr in den Städten sollte weichen und Platz für das Fahrrad und den ÖPNV machen. In Initiativen der Bürger*innen können Städte in vielfältiger Weise gestaltet werden zum Beispiel mit Pflanzen, Blumen, Freizeitaktivitäten, Sitzplätzen und Aufenthaltsmöglichkeiten. Es muss ein gemeinsames Klima entstehen um die

Städte wieder zu beleben und einen Anreiz zu schaffen, neben dem weitreichenden Online-Angebot, das Einkaufen vor Ort nutzen zu wollen. Das Landesgesetz für lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprogramme (LEAPG) ermöglicht Kommunen bereits in einem abgegrenzten Bereich eine Abgabe zu erheben, die der Aufwertung des Stadtteiles dient. Die Mittel werden spürbar wieder in den eigenen Stadtteil investiert, z.B. für Stadtteilverschönerungen. Starthilfen, um gezielt Immobilien zur Ausweitung des Wohnraumes kaufen zu können, ergänzen die Vorhaben.

Welche Ansatzpunkte sehen Sie, die Wettbewerbsbedingungen zwischen dem stationären Handel und dem Online-Handel in ein Gleichgewicht zu bringen?

Der lokale Handel sollte sich digitalisieren und die Möglichkeit erhalten gleichberechtigt mit dem Onlinehandel zu bestehen. Dazu gehört, dass die Unternehmensgewinne und digitalen Umsätze am Ort des Konsums besteuert werden und damit ein Gleichgewicht zwischen stationärem Handel und Onlinehandel entsteht. Finanzielle Mittel müssen dem stationären Handel zur Verfügung gestellt werden, um einen erfolgreichen Start zu ermöglichen. Zudem sollten die Geschäfte nachhaltig und längerfristig weiter unterstützt werden, um den Wettbewerbsbedingungen Stand zu halten. Rheinland-Pfalz sollte auf Bundesebene Bestrebungen zur Steuergerechtigkeit anstoßen und aktiv mitgestalten.

KOMMUNALFINANZEN

Was werden Sie als Landtagsabgeordnete*r unternehmen, um die Unterfinanzierung der Kommunen zu beenden, damit die für die Menschen existenziell wichtigen kommunalen Pflichtaufgaben durch die Kommune tatsächlich erfüllt werden kann?

Für besonders verschuldete Kommunen sollte ein Schuldenschnitt erwirkt werden und ein Altschuldenfonds eingerichtet werden, der jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern getragen wird.

Auf Kommunalerebene sollten Einnahmequellen voll ausgeschöpft werden und eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung eingehalten werden. Der Bund muss sich dauerhaft und der Lage entsprechend in der Sozialgesetzgebung beteiligen, denn die bisherigen Leistungen bilden die Kosten nicht ab und reichen somit nicht aus.

Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zu der Forderung des DGB, einen Rekommunalisierungsfonds für kritische Infrastrukturen aufzuerlegen?

Güter und Dienstleistungen aus dem allgemeinen Interesse dürfen nicht privatisiert werden, sondern müssen in öffentlicher Hand bleiben um allen Menschen der Zugang zu diesen essenziellen Gütern zu ermöglichen. Die

Rekommunalisierung macht im Gesundheitssystem und der Pflege sowie beim Thema Wohnen Sinn.

Wie stehen Sie zu unserer Forderung nach dem Ausbau des Sozialstaates, gerade auf kommunaler Ebene, statt noch mehr Geld für Rüstung auszugeben?

Wir GRÜNE sehen Ausgaben für Rüstung auf Bundesebene kritisch. Besonders das Zwei-Prozent-Ziel der NATO als Finanzierungsbeitrag stellt die Frage nach den Aufgaben der NATO. Das Militärbündnis löst eine längst überfällige Debatte aus. Die globalen Krisen und Herausforderungen müssen jedoch ebenso betrachtet werden und können durch Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, die zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe, sowie dem internationalen Klimaschutz weitergebracht werden. Dies ist vorrangig zu fördern vor Ausgaben für Rüstung. Um Kommunen in der Sozialgesetzgebung finanziell nicht noch weiter zu belasten, sollte der Bund die pauschalen Leistungen ausweiten und wichtige gesellschaftliche Themen wie zum Beispiel die Umwandlung des Hartz-IV-Systems in eine Garantiesicherung anzutreiben und umzusetzen.

MOBILITÄT FÜR ALLE

Wie sieht Ihr Konzept für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr in Ihrem Wahlkreis aus?

Jeder Mensch muss mobil sein. Gerade im ländlichen Kreis Bad Kreuznach haben wir in den letzten Jahren Probleme erkannt. Kleinere Dörfer werden kaum von Bussen angefahren, die Qualität und Quantität lässt zu wünschen übrig. Auch die Schulbusse sind teilweise extrem überlastet und unzureichend für die Schülerbeförderung. Die Vernetzung von Jung und Alt steht in Gefahr. Der erste Schritt ist die Einführung einer Mobilitätsgarantie. Die Fahrgastverbände und Initiativen sollten bei der Ausgestaltung eingebunden werden. Klar ist, dass ein ausreichender Taktverkehr von Bussen, eine Bedienung an allen Wochentagen, eine Anbindung von kleinen Orten und eine Anbindung an den Zugverkehr erwirkt werden müssen. Über einen landeseinheitlichen Tarif soll der ÖPNV einfacher gestaltet werden. Kommunen müssen ein bürger*innenorientiertes Nahverkehrskonzept erarbeiten und sollen vom Land dabei unterstützt werden. Aber auch die finanziellen Mittel müssen im Landeshaushalt ausgeweitet werden, um den ÖPNV nachhaltiger und zielgerichteter zu machen. Personenbeförderung soll wieder in den Fokus der Unternehmen gerückt werden.

Wie müssen Stadt und Landkreis Bad Kreuznach angesichts der oben beschriebenen knappen Finanzsituation aus Ihrer Sicht unterstützt werden, um die neue Pflichtaufgabe ÖPNV erfüllen zu können?

Im Landeshaushalt müssen mehr Mittel für den ÖPNV bereitgestellt werden. Die genaue Ausgestaltung und auch die zur Verfügung stehenden Eigenmittel des Kreises und der Stadt müssen in einem mit der Stadt, dem Landkreis und dem Land ausgearbeiteten Konzept dargelegt werden. Auch die noch benötigten Mittel müssen dargestellt werden, um eine Kostenübernahme des Landes zu erreichen. Es bedarf in der Transformation des ÖPNVs erhöhte finanzielle Anstrengungen auf allen staatlichen Ebenen. Ziel sollte es jedoch auf keinen Fall sein, die Mehrkosten auf dem Rücken der Bevölkerung zu tragen. Wir GRÜNE machen uns im Land auch für ein landesweites 365€-Ticket für Schüler*innen und Studierende stark.

Der DGB spricht sich für eine Rekommunalisierung des ÖPNV in öffentlicher Trägerschaft aus. Wie ist Ihre Position dazu?

Gute Arbeitsbedingungen, ordentliche Bezahlung, Zuverlässigkeit des Linienbetriebes und langfristige Planbarkeit sind große Vorteile des ÖPNV in öffentlicher Hand. Im Landkreis Bad Kreuznach sind wir hierzu auf einem guten Weg.

Wie stehen Sie zur Reaktivierung von Bahnstrecken (Glantalbahn, Hunsrückbahn) als Stärke der interregionalen Infrastruktur?

Die Reaktivierung von Bahnstrecken stellt eine Chance für die bessere Anbindung des ländlichen Raumes dar und ist auch ein attraktives Mittel zum Mobilitätsangebot. Bahnstrecken müssen reaktiviert werden und mehr Investitionen müssen in den Bahnverkehr und den Ausbau des Schienensystems gesteckt werden, um eine ganzheitliche Mobilitätsversorgung in Rheinland-Pfalz und in andere Bundesländer hinaus sicher zu stellen.

JUGENDARBEIT / JUGENDHILFE

Wie muss aus Ihrer Sicht die öffentliche Jugendhilfe im Kreis Bad Kreuznach organisiert, aufgestellt und finanziert sein?

Kinder und Jugendliche aber auch ihre Familien kämpfen im Alltag mit zahlreichen unterschiedlichen Problemen und nehmen sich Herausforderungen an. Individuelle, professionelle Angebote sollen zur Problemlösung beitragen und Familien sozial und emotional unterstützen und stärken. Damit aufkommende Probleme frühzeitig erkannt werden können und rechtzeitig Hilfe angeboten werden kann, muss die Präsenz von sozialen Angeboten vergrößert und erweitert werden.

Die Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil des Schulalltages sein und vielfältige Angebote hervorbringen, welche die unterschiedlichen Problemstellungen von Jugendlichen adressieren und sie dazu motivieren, gemeinsam daran zu arbeiten. Jugendliche müssen mehr Freiräume erhalten, um sich ausprobieren zu können und zu vernetzen. Besonders in den

ländlichen Regionen brauchen wir flächendeckend Jugendräume, damit stellen wir eine nachhaltige Entwicklung sowie Gestaltungsmöglichkeiten sicher, damit Jugendliche zu starken Individuen heranwachsen können. In dieser Hinsicht sollte auch auf alternative Möglichkeiten wie mobile Angebote oder Streetworker*innen zurückgegriffen werden. Zurzeit wird die Politik von älteren Erwachsenen maßgeblich bestimmt. Kinder und Jugendliche sehen sich nicht gut vertreten, dabei sind sie die Zukunft. Kommunen müssen Kinder und Jugendliche bei der Planung und bei Vorhaben, die das Interesse von Kindern und Jugendlichen berühren, verpflichtend einbeziehen und aktiv zu Wort kommen lassen. Zudem sollten Kommunen aktives Interesse an der Einrichtung von Jugendparlamenten zeigen, sie bei der Entwicklung eines Jugendparlamentes aktiv unterstützen und Jugendliche in kommunalen Räten einbeziehen (Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht sowie eigenes Budgetrecht). Neben der Schule ist es für viele Kinder und Jugendliche, besonders in höheren Klassen, nicht immer vereinbar sich ehrenamtlich zu engagieren oder in einem Verein mitzuwirken. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die ehrenamtliche Arbeit besonders unterstützt wird und dazu auch der nötige Freiraum zur Verfügung steht, damit auch in diesen Bereichen Kinder und Jugendliche gehört werden und einbezogen werden. Kinder und Jugendliche zeigen, dass sie angehört werden wollen, mitwirken wollen und aktiv sein wollen. Wir müssen sie dabei unterstützen, denn daraus formt sich ein Nährwert für die Gesellschaft. Eine Zusammenlegung des Jugendamtes der Stadt Bad Kreuznach und des Landkreises Bad Kreuznach ist falsch. Da sich nach einer solchen Zusammenlegung unweigerlich die Frage nach den Kosten und der Kostenreduzierung stellt, würde die Qualität und Quantität des Angebotes aber auch die Diversität und die Erreichbarkeit stark unter Einsparungen leiden. Das Jugendamt der Stadt Bad Kreuznach funktionierte bisher immer sehr gut und hat starke Initiativen wie „Die Mühle“ hervor gebracht um Kinder und Jugendliche ganzheitlich in ihrem Alltag zu unterstützen. Auch das Jugendamt des Landkreises Bad Kreuznach arbeitet engagiert für die Belange der Kinder und Jugendlichen. Eine Zusammenlegung ist daher nicht notwendig und würde zu massiven Einbußen in der Jugendarbeit führen und Kinder und Jugendliche mit ihren Herausforderungen und Problemen im Regen stehen lassen.

AM WICHTIGSTEN IST FÜR MICH...

Für welches Projekt/Thema setzen Sie sich als erstes ein?

Die Politik spielt gerade in vielen Fragestellungen und Maßnahmen mit der Zukunft der Kinder und Jugendlichen. Das Bildungssystem bedarf einer Reformation und einer Transformation, um Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Chancen zu gewährleisten sich zu entwickeln, einen Charakter herauszubilden und als starke Individuen hervorzugehen. Dazu sind

Notensysteme ungeeignet. Fachliche Kompetenzen müssen in der Bildung mit sozialen Kompetenzen verbunden werden. Außerdem müssen die pluralistischen Ansichten und diversitären Ideen in die Lehrpläne übernommen werden. Dazu gehört das Lehren unter anderem von Umwelt- und Klimaschutz und sexueller Vielfalt in allen Bereichen des Unterrichts. Zudem sollten die Stundenzeiten überdacht werden und personalisierte, individuelle Möglichkeiten zu eigenen Interessen bereitstehen. Neben der Bildungspolitik möchte ich mich auch für die Interessen der Jugendlichen stark machen und erwirken, dass Kinder und Jugendliche im politischen Prozess stärker mit eingebunden werden und aktiv partizipieren können.



Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Interesse an meinen politischen Ansichten.

Als junger Kandidat möchte ich frischen Wind in ein Gremium mit hoher Bedeutung bringen und eine bürger*innenorientierte, offene und vielfältige Politik machen.

Gehen Sie mit mir gemeinsam den Schritt in Richtung Zukunft.

Ihr Johannes Wild (B90/GRÜNE)